Digitale Transformation nötig

Die im August 2021 von UN-Generalsekretär António Guterres vorgestellte Strategie für die digitale Transformation der UN-Friedenssicherung ist Teil des umfassenden Engagements des Generalsekretärs, das Potenzial dieser Technologien in der gesamten Organisation zu nutzen. Die Strategie zielt darauf ab, eine breit gefächerte Nutzung digitaler Technologien zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Friedenseinsätze selbst sowie zur Erfüllung der mandatierten Aufgaben zu ermöglichen. Konkret heißt das zum Beispiel, digitale Technologien und Daten zu nutzen, um ein umfassendes, aktuelles Lagebild und Verständnis des Konfliktumfelds für Planungs- und Entscheidungsfindungsprozesse zu entwickeln, etwa wo, wann und wie die Zivilbevölkerung zu schützen ist. Dabei ist der verantwortungsvolle Umgang mit Daten eine Kernaufgabe. Außerdem geht es darum, in einem gefährlichen Umfeld mit vielfältigen Bedrohungen wie Raketenangriffen und Sprengfallen, zunehmend auch Cyberangriffen und Desinformationskampagnen, Angriffe auf die Missionen abzuwehren. Die Rolle von digitalen Technologien und der Informationsraum, in dem sich Friedenseinsätze bewegen, müssen verstanden werden, um überdies neue Möglichkeiten für Friedensförderung, Dialog und Teilhabe auszuschöpfen.

Die Strategie ist ehrgeizig und ihre Umsetzung ist auf eine Vielzahl von Partnern aus unterschiedlichen Bereichen - Staat und Zivilgesellschaft, Forschung und Praxis sowie Privatwirtschaft - angewiesen. Deutschland, bereits konstruktiver Partner während der Strategieentwicklung, kann in der kommenden Phase durch politische Unterstützung, Expertise - etwa im Bereich der Datenanalyse - und Kapazitätsaufbau, finanzielle Mittel und Bereitstellung von Technologie einen wesentlichen Beitrag leisten, um die UN-Friedenssicherung zukunftsgerecht aufzustellen.

Dr. Annika S. Hansen ist Leiterin der Analyse am Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin.

Die Politik muss aufholen

Die Friedenssicherung ist in erster Linie ein politisches Instrument, das dazu beitragen soll, ein günstiges Umfeld für die Umsetzung politischer Lösungen zu schaffen und einen raschen Wiederaufbau zu fördern. Die meisten Missionen stehen heute jedoch an beiden Fronten vor Herausforderungen. Da sie in Ländern eingesetzt werden, in denen diese Regelungen bestenfalls auf wackligen Fundamenten stehen, haben die friedenserhaltenden Operationen Mühe, politische Fortschritte zu erzielen, die über eine staatszentrierte Stabilisierung hinausgehen und gleichzeitig asymmetrische Bedrohungen abwehren. Gleichzeitig sind die meisten Missionen heute nur einer von vielen politischen oder sicherheitspolitischen Akteuren in einem Konfliktland.

Bisher konzentrierte sich die Zukunftssicherung der UN-Friedenssicherung auf die Verbesserung ihrer Missionen und Flexibilität. Bessere Kompetenzen, ganzheitliche Analysen und verantwortungs-

vollere und leistungsfähigere Missionen sind für eine bessere Leistungsfähigkeit und Sicherheit unabdingbar. Eine Rückbesinnung auf die Politik, die der UN-Friedenssicherung zugrunde liegt, muss jedoch bei der Steuerung dieser Missionen in die Zukunft im Vordergrund stehen.

Die Missionen müssen vorrangig die Kluft zwischen den politischen Eliten und den Gemeinschaften überbrücken, mit denen ihre Gesellschaften wiederaufgebaut werden müssen. Außerdem müssen sie offen für einen Konsens zwischen verschiedenen Sicherheitspartnern mit konträren Werten und Interessen sorgen. Dies kann nicht von Blauhelmen allein geleistet werden: Die Missionen brauchen eine vereinte Unterstützung durch die Mitgliedstaaten, die ihre Mandate festlegen und ihre Budgets bestimmen. Aber die Politik, die ihre Arbeit untermauert, muss einen noch größeren Wandel vollziehen, damit die Missionen in Zukunft noch von Bedeutung sein werden.

Daniel Forti
ist Senior Policy Analyst
am Brian Urquhart
Center for Peace
Operations des
International Peace
Institute (IPI) in
New York.
forti@ipinst.org